

Wohnen auf ehemaligem Chemieareal

Binningen. Altlastenuntersuchung läuft, Ergebnisse liegen noch keine vor



Dorn im Auge. Bevor hier ein Neubau entstehen kann, muss der Kanton allerdings den Boden nach Altlasten untersuchen. Foto Daniel Desborough

PETER DE MARCHI

Die Industriegebäude der Hacoba AG in Binningen sollen abgerissen werden. Eine Altlastenuntersuchung und ein Mietstreit aber verzögern den Bau von Wohnungen auf dem Areal.

Als «ständigen Unruheherd» bezeichnet ein Anwohner die Firma an der Binninger Kernmattstrasse. Früher habe es im Jahr bestimmt ein bis zwei Fehlalarme gegeben. Nichts gegen Gewerbebetriebe, sagt Binningens Gemeindepräsident Charles Simon, die chemische Firma mitten im Wohngebiet aber sei der Gemeinde schon ein «Dorn im Auge». Es sei zwar nie etwas passiert, die vielen Fässer aber würden von den Anwohnern kritisch beargwöhnt. Und auch die vielen Lastwagen, die täglich ein- und ausfahren, würden nicht gerade zur Wohnlichkeit des Quartiers beitragen.

ABREISSEN. Die Rede ist von der Hacoba AG mit Sitz in Basel, die im Binninger Holee-Quartier einen Produktions- und Abfüllbetrieb führt. Die Produktpalette der chemischen Fabrik ist gross: Reinigungsmittel, Beizmittel, Entkalkungsmittel, Entrostungsmittel, Silberreinigung, Zemententfernung... Damit aber soll schon bald Schluss sein. Die Halle der Hacoba AG soll abgerissen werden, auf dem Areal sollen Wohnblocks gebaut werden.

Viel mehr aber ist derzeit nicht zu erfahren. Der Binninger Architekt, der die Blocks bauen soll, verweist auf den Grundeigentümer, einen Anwalt in St. Gallen. Aus dessen Kanzlei heisst es nur: «Kein Kommentar.» Ebenfalls keinen Kommentar abgeben wollen die Verantwortlichen der Hacoba AG. Charles Simon aber bestätigt die Bauvorhaben des Binninger Architekten. Die Gemeinde wäre sogar bereit, eine kleine gemeindeeigene Liegenschaft in unmittelbarer Nachbarschaft zum Firmenaerial zu verkaufen, damit das Neubaureal noch vergrössert werden könnte. Das Haus stehe derzeit sowieso leer.

Der Binninger Gemeindepräsident weiss aber auch, dass sich ein Bauvorhaben noch verzögern werde, weil das Amt für Umweltschutz und Energie

(AUE) noch den Boden des Firmengeländes untersuchen müsse. Dies bestätigt Michael Gruhl, Leiter des Ressorts Abfall, Stoffe und Altlasten auf dem AUE. Aufgrund der Stoffe, die von der Hacoba AG verarbeitet würden, bestehe die Gefahr, dass Giftstoffe in die Erde eingedrungen sind, eventuell sogar bis ins Grundwasser. Gruhl spricht von einer «belastungsrelevanten Nutzung», die eine Altlastenuntersuchung zwingend notwendig mache. Eine Baubewilligung könne also erst erteilt werden, wenn der Boden untersucht worden sei. Die Abklärungen würden noch laufen, Ergebnisse aber würden noch keine vorliegen.

KEINE UNFÄLLE. Auch Sicherheitsinspektor Rolf Klaus kennt die Hacoba AG. Zu einem Unfall sei es in der Firma nie gekommen, sagt er. Sie falle auch nicht unter die Störfallverordnung, weil die Mengen an Chemikalien, die in Binningen produziert und gelagert werden, stets unter der Mengenschwelle der Verordnung gelegen hätten. Das sei in regelmässigen Abständen kontrolliert worden. Auch der Katastrophenschutzartikel des Bundes musste bei der Hacoba nie zur Anwendung kommen. Dieser würde einen Betrieb zur Wahl eines sicheren Standortes verpflichten, das heisst, ein gewisser Sicherheitsabstand zu Wohngebieten müsste eingehalten werden, erklärt Klaus.

SCHLICHTUNGSSTELLE. Doch dürfte weder die Altlastenuntersuchung noch das Sicherheitsinspektorat verantwortlich dafür sein, dass sich die Direktbetroffenen, Firma, Grundeigentümer und Architekt, derzeit in Schweigen hüllen. Der St. Galler Notar und die Hacoba AG dürften sich wegen eines Mietstreites in den Haaren liegen. Der Grundeigentümer musste der Hacoba ja den Mietvertrag kündigen. Dies bestätigt Sibylle Hellstern, Leiterin der Schlichtungsstelle für Mietangelegenheiten. Vor der Schlichtungsstelle allerdings sei der Fall abgeschlossen, über den Inhalt des Streits dürfe sie keine Auskunft geben. Möglich ist nach der Schlichtungsstelle ein Weiterzug ans Bezirksgericht Arlesheim.

nachrichten

Eine grosszügige Spende an das WBZ

REINACH. Der Gönnerverein «Fründ vom WBZ» sponsert dieses Jahr knapp 50 000 Franken für Aktivitäten, die ausserhalb des normalen Budgets des Reinacher Wohn- und Bürozentrs für Körperbehinderte (WBZ) liegen. So sollen Rollstuhlfahrer in den Genuss von Handvelo- und Schwimmtraining kommen, und wie bisher werden sich einmal monatlich eine Kosmetikerin und eine Coiffeuse um die Heimbewohnerinnen und -bewohner kümmern. Schwerbehinderte können dank der Spenden WBZ-externe Kurse besuchen, und dank der 10 000 Franken in der Freizeitkasse kann sich der WBZ-Chor einen externen Auftritt und die Abteilungen einen Ausflug leisten. mec

Annelise Viquerat kommt neu in den Schulrat

AESCH. Nach dem Rücktritt von Sylvia Diethelm-Seeger (FDP) per Mitte Jahr aus dem Aescher Schulrat der Primarschule und des Kindergartens musste das Nachwahlverfahren eingeleitet werden, weil keine weiteren Listenkandidaten in das Amt nachrücken konnten. Diese Nach- oder Ergänzungswahl erfolgte gemäss Gesetz über die politischen Rechte. Die Freisinnig-demokratische Partei schlägt nun Annelise Viquerat als neues Schulratsmitglied vor. Gegen diesen Wahlvorschlag liegen keine Beanstandungen vor, hält der Gemeinderat in einer Mitteilung fest. Allfällige Beschwerden gegen die Gültigkeit dieser Wahl müssen innert 3 Tagen seit der Veröffentlichung dem Gemeinderat eingereicht werden. Sofern innert dieser Frist keine Beschwerden eingehen, gilt Annelise Viquerat für den Rest der Amtsperiode bis zum 31. Juli 2008 als gewählt.

glückwunsch

98. Geburtstag

ALLSCHWIL. Heute Donnerstag darf **Charles Walter** an der Baslerstrasse 341 seinen achtundneunzigsten Geburtstag feiern. Die Basler Zeitung gratuliert dem Jubilar und langjährigen baz-Abonnenten, der immer noch täglich mit Interesse die baz liest, recht herzlich zum Geburtstag und wünscht ihm weiterhin alles Gute. gratulationen@baz.ch

Spitex sorgt sich um den neuen Finanzausgleich

Der Verband reagiert mit politischem Druck auf die Streichung von Bundesgeldern

LUKAS HAUSENDORF

In diesem Jahr wird der Spitexverband Baselland 75 Jahre alt, aber der neue Finanzausgleich und die Streichung des Spitexgesetzes lassen nicht viel Zeit zum Feiern. Die Verbandsführung zeigt sich dennoch optimistisch.

«Lieber diskutieren wir aktuelle und zukünftige Fragen an der Delegiertenversammlung», sagte der Präsident des Baselländer Spitexverbands Willi Baumann an der Jubiläumssitzung. Die Zurückhaltung, sich der Vergangenheit zuzuwenden, hat einen Grund: Nach vielen verheissungsvollen Perioden in ihrer Geschichte tauchen Wolken am Horizont der Spitex auf. Im Rahmen des neuen Finanzausgleichs (NFA) wird das Spitexgesetz gestrichen. Die Bundesbeiträge bis zu maximal 6,3 Millionen Franken werden mit dem NFA wegfallen und müssen inskünftig von den Gemeinden getragen werden.

UMSTRITTEN. Momentan diskutiere man die Umsetzung mit dem Gesetzgeber. Urs Knecht vom Rechtsdienst des Kantons bestätigte, dass solche Gespräche stattfinden. Er ergänzte aber auch, dass die NFA-Vorlage im Landrat noch hängig sei. «Es gibt darin einige umstrittene Punkte. Auch die Spitex fällt unter diese Kategorie.» Der Entscheid des Landrats soll noch diesen Sommer fallen. Die Spitex macht an der politischen Front noch zusätzlichen Druck. Mit anderen Organisationen, die in ähnlichen Bereichen tätig sind, hat man sich zur IG Soziales Baselland zusammengeschlossen, um verstärkte Lobbyarbeit betreiben zu können.

«Jeder sagt, die Spitex ist wichtig, wenn es aber ums Zahlen geht, ist die Begeisterung nicht mehr so gross», beschrieb Baumann die Situa-

tion. Sein vorrangiges Ziel ist es, von der Regierung eine Garantie zu erhalten, dass in allen Gemeinden die Basisleistungen sowie die Leistungen der kantonal tätigen Organisationen garantiert bleiben. Diese werden im Kanton von rund 10 000 Kunden in Anspruch genommen. Über tausend Personen waren allein im vergangenen Jahr gut 410 000 Stunden für die Spitex im Einsatz.

MEILENSTEINE. In der 75-jährigen Geschichte der Spitex gab es zwei wesentliche Meilensteine, die zu ihrer Entwicklung massgeblich beigetragen haben. Zum einen der zweite Abschnitt des Artikels 101 des AHV-Gesetzes von 1946, womit erstmals Bundesgelder zur Verfügung standen, die rund 20 Prozent der Kosten der Spitex abdeckten. Damit verbunden war auch die Auflage, dass sich gleiche Organisationen innerhalb eines Dorfes zusammenschliessen. Den zweiten Meilenstein bildete dann 1994 das Volks-Ja zum Krankenversicherungsgesetz, das die Pflege zu Hause mit der Auflage der Effizienzoptimierung festhält.

HÖCHSTGRENZE. Damit stiegen auch die professionellen Anforderungen an die Spitex, was eine Wandlung von der Milizorganisation hin zur professionellen Organisation zur Folge hatte. Erstmals konnten mit den Krankenkassen auch Verträge über die Tarife für die Pflegeleistungen abgeschlossen werden. Bei den Tarifen legte der Bundesrat im Nachhinein dann eine Höchstgrenze fest, was dazu führte, dass lediglich 50 bis 60 Prozent der Kosten durch die Kassen bezahlt werden. Der Rest wird von der öffentlichen Hand bezahlt.



Neues Freizeithaus. Architekt Martin Pfister, Gemeindepräsident Anton Lauber und Gemeinderat Roman Meury (von links) pflanzen einen Apfelbaum. Foto Daniel Desborough

Ein schlichtes Holzhaus für die Bevölkerung

Allschwil. Robinsonspielplatz, Jugendhaus und Freizeithaus an einem Ort

GROSSZÜGIG. Noch ist das Freizeithaus Allschwil nicht betriebsbereit. An der Schlüsselübergabe war jedoch ersichtlich, welche Möglichkeiten das Begegnungszentrum zu bieten hat.

Die politischen Hürden nahm es locker. Nur die Schweizer Demokraten hatten etwas dagegen. Sie erzwangen mit einer Unterschriftensammlung das Referendum gegen das Freizeithaus. Die Abstimmung machte dann alles klar. So konnten am Dienstag, nach überaus kurzer Bauzeit, den Betreibern des Freizeithauses die Schlüssel

übergeben werden. Jetzt muss das Haus noch möbliert werden. Eröffnet wird es am 2. Juni mit einem grossen Fest.

Das von den Architekten Schwarz-Gutmann-Pfister entworfene Freizeithaus ergänzt am Hegenheimermattweg den Robinson-Spielplatz und das Jugendhaus. Heinz Kraus, der Abteilungsleiter Jugendarbeit und Freizeit, gerät ins Schwärmen ob der vielen Möglichkeiten, die sich mit der Nutzung der neuen Freizeitanlage ergeben.

Das Holzhaus besticht durch seine Grosszügigkeit mit einer

Grundfläche von 530 Quadratmetern. Hier sollen in Zukunft nicht nur Kurse, Projekte, Veranstaltungen für Jung und Alt durchgeführt und Feste gefeiert werden. Erziehungs-, Drogen-, Alkohol-, Väter- und Mütterberatung sowie eine Kinderspielgruppe und ein Mittagstisch werden künftig im Freizeithaus untergebracht sein. Die drei Einrichtungen werden mit den Mitarbeitern, die bereits den Robinsonspielplatz und das Jugendhaus betreuen, geführt. Die Kosten für das Haus betragen 2,1 Millionen Franken. cf